Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Haben & Comp., Nr. 1208.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 27,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 81,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 40,00 M. Einzelnummer 1,50 M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Nonpareillezeile 7,00 M., Familienanzeigen 5,00 M., die 3gespaltene Reklamezeile 27,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 2 M.

Nr. 135 | Dresden, Dienstag den 13. Juni 1922 | 33. Jahrg.

Die Teuerung im Auslande

Im Gegensatz zu der in Deutschland ständig zunehmenden Teuerung haben die meisten ausländischen Staaten einen weiteren, teilweise recht erheblichen Rückgang der Lebenshaltungskosten in den letzten Monaten aufzuweisen. In England sind nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts infolge einer weiteren Ermäßigung der Kleinhandelspreise die Ernährungskosten im März gegenüber dem Vormonat um 2,3 Proz. zurückgegangen. Der Gesamtindex für die notwendigsten Lebensbedürfnisse (Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Miete, Bekleidung) ermäßigte sich von 186 auf 182, das ist um 2,2 Proz.; gegenüber dem höchsten im November 1920 erreichten Stande (276) bedeutet dies einen Rückgang um 34 Proz. Seitdem ist, von einer kurzen Unterbrechung im Sommer 1921 abgesehen, die Indexziffer ständig gesunken und hat nunmehr den Stand vom Oktober 1917 erreicht.

In den Vereinigten Staaten von Amerika heben sich die Ernährungskosten weiter dem Friedensstande. Sie überschreiten die Friedenskosten im März nur noch um 5% Proz. In Kanada betrugen im März die wöchentlichen Ausgaben einer fünfköpfigen Familie für die Ernährung 42 Proz. mehr als in der Vorkriegszeit. Die gesamten Lebenshaltungskosten (Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Miete) beliefen sich auf das 1½fache des Monats Juli 1914.

In Frankreich, Belgien und Italien haben die Preise den Vorkriegspreisen noch nicht in dem Maße angenähert wie in den Vereinigten Staaten und in England genähert, sie sind aber seit November 1921 von Monat zu Monat ebenfalls ständig zurückgegangen. In Paris hatte eine vierköpfige Arbeiterfamilie zur Bestreitung des Ernährungsbedarfs im März noch das 2,9fache der Vorkriegsausgaben aufzuwenden.

In den ehemals neutralen Ländern ist die Abwärtsbewegung der Preise ebenfalls weiter fortgeschritten. In der Schweiz sind viele Lebensmittel erheblich billiger geworden, besonders Eier, deren Preis um 20 Proz. zurückgegangen ist, ferner Käse, Milch und Schweinefleisch. Auch in den Niederlanden ist der Rückgang der Ernährungsausgaben auf Preisermäßigung für Milch, Käse und Fleisch zurückzuführen. In Norwegen sind Eier, Zucker und Brot billiger geworden, außerdem haben sich aber auch die Ausgaben für Heiz- und Leuchtstoffe sowie für die Bekleidung ermäßigt.

Anders liegen die Verhältnisse in den übrigen europäischen, unter der Ungunst der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse leidenden Ländern, außer in Deutschland also in Oesterreich, in Polen und Rußland. In Wien ist der vorübergehend beobachtete Stillstand in der Teuerungsentwicklung nicht von langer Dauer gewesen. Nach den Feststellungen des Bundesamts für Statistik ist im April wieder eine erhebliche Verteuerung der Lebensmittel, mit Ausnahme der Kartoffeln, eingetreten. Der Preis für ein Kilogramm Rindfleisch erhöhte sich von 1500 Kr. auf 1900 Kr., für ein Kilogramm Schweinefleisch von 2300 auf 2750 Kr. Das rationierte Brot stieg im April infolge der Erhöhung des Brotmehlpreises und des weiteren Abbaues des staatlichen Zuschusses von 524 Kr. auf 610 Kr. für den Laib von 1260 Gramm. Gegenüber dem Januar 1921 ergibt sich im April 1922 eine 16—17fache Verteuerung. An der Gesamtsteigerung ist die Ernährung am stärksten beteiligt. Die Wohnungsmiete hat in Wien jetzt das 17fache der Friedenssätze erreicht. Die Aufwendungen für Heizung und Beleuchtung haben im April einen kleinen Rückgang erfahren, der auf den durch den niedrigen Markkurs verbilligten Kohlenpreis zurückzuführen ist. Die von den Erhebungen erfaßten Lebensbedürfnisse haben zusammen eine 875fache Verteuerung, eine Einrechnung des Wohnungsaufwands sogar eine 1008fache Steigerung aufzuweisen.

In Polen (Warschau), wo die Lebenshaltungskosten nach dem Verbrauch einer vierköpfigen Arbeiterfamilie regelmäßig berechnet werden, hat im Januar 1922 — nur bis dahin liegen Berichte vor — die Teuerung das 469fache der Friedenszeit erreicht; sie bleibt demnach wesentlich hinter der Teuerung in Oesterreich zurück, die zur gleichen Zeit bereits auf das 652fache der Vorkriegszeit gestiegen war.

In Sowjetrußland zeigen die für den notwendigsten Lebensbedarf aufzuwendenden Kosten eine stetig ansteigende Entwicklung. Allein in der zweiten Märzhälfte hat eine Preissteigerung eingesetzt, die zwischen 25 Proz. in Charkow und 155 Proz. in Odessa schwankt. Dieser einst wichtigste russische Haupthafen, aus dem bedeutende Getreidemengen in das Ausland ausgeführt wurden, wies am 1. April eine erheblich größere Teuerung auf als Moskau und Petersburg. Ein russisches Pfund (= 400 Gramm) Roggenbrot kostete am 1. April in Odessa 92 000 Sowjetrubel gegen 35 000 Sowjetrubel in Moskau und 73 000 Sowjetrubel in Petersburg.

Ernste Fragen an die Regierung

Der schwarzweißrote Rummel

Am Sonnabend und Sonntag beging der „Verein ehemaliger Waffengefährten" in Zossen sein 50. Stiftungsfest, verbunden mit Fahnenweihe. Durch Zeitungsinserate war die Bürgerschaft aufgefordert worden, die Häuser zu schmücken und schwarzweißrote Fahnen herauszustecken. Der Aufforderung war im reichsten Maße entsprochen worden. Am Sonnabend abend fand der Zapfenstreich statt. Trotzdem das Gewerkschaftskartell die Arbeiterschaft aufgefordert hatte, sich in keiner Weise an den Veranstaltungen zu beteiligen und sich nicht provozieren zu lassen, ist es leider doch zu einigen bedauerlichen Zwischenfällen gekommen, wobei auch wieder Blut floß. Ein Trupp der kommunistischen Jugend Groß-Berlins, der die Stadt passieren wollte, hat einige der schwarzweißroten Fahnen heruntergerissen und unter Absingen der Internationale verbrannt. Elf der jungen Leute wurden von der Ortspolizei und von Landjägern, die in der stattlichen Zahl von ca. 40 Mann herbeigeeilt waren, um die Monarchistenfahnen zu schützen, verhaftet, und dabei von einigen Bürgern schwer mißhandelt.

Am Sonntag morgen rückte eine Reichswehrkapelle zum Bahnhof, um 200 Hakenkreuzjünglinge, die von Berlin kamen, in Empfang zu nehmen. An der Spitze des Zuges marschierte ein Reichswehrfeldwebel mit gezogenem Säbel. Dann folgten 22 Mann mit schwarzweißroten Fahnen, die die Inschrift trugen: „Mit Gott für Kaiser und Reich." Trotzdem der Kriegerverein mit Gewehren (Modell 88) bewaffnet und die Hakenkreuzler Dolche umgeschnallt hatten, wurde der Zug zum Kriegerdenkmal von einer großen Zahl von Landjägern begleitet, die jedenfalls verhüten sollten, daß den Kriegern ein Leid geschähe.

Dem nationalistischen Rummel in Zossen wird noch manche nationalistische Szenerie mit schwarzweißroten Fahnen und sicherlich auch Gewehr (Modell 88) folgen, wie manche ähnliche Verhöhnungen der Republik und Mißkreditierung des außenpolitischen Strebens der Reichsregierung bereits vorangegangen sind. Wie im Vorjahre, so auch jetzt: kein Sonntag vergeht ohne „Heerschau", ohne „Erinnerungstag" der Rechten, ohne „Regimentsfeiern", ohne nationalistische Auftritte und Pöbeleien gegen die Republik. Auch in Sachsen sollen wir den Rummel in mehreren Städten erleben. In München amüsiert man sich wochenlang an der Schändung der Reichsfahne; der Reichspräsident wird endlos beschimpft. In Königsberg übt sich die Reichswehr im Einverständnis mit dem Reichswehrminister in sinnlosen Paraden vor Hindenburg und gar in Zossen holt die Reichswehr der Republik 200 Antisemiten mit Regimentsmusik vom Bahnhof ab. Kann es noch schlimmer kommen?

Wann wird endlich mit diesem Treiben Schluß gemacht, wann folgen die „Taten", die man uns anläßlich des Erzberger-Mordes vor Jahresfrist mit Bezug auf die deutsche Republik treu und heilig zugesichert hat? Auch darüber sollte sich die Reichsregierung im Klaren sein und entsprechend handeln: entweder treiben wir auswärtige Politik mit dem Ziele, Erleichterungen der Bestimmungen des Friedensdiktats herbeizuführen und tragen dafür Sorge, daß alles unterlassen wird, was dazu angetan ist, auch dem wohlwollendsten Ausländer Anlaß zu Mißtrauen zu geben, oder aber wir nehmen auf die auswärtige Situation keine Rücksicht und dürfen uns dann nicht beklagen, wenn statt Erleichterungen täglich neue Lasten dem Reiche aufgebürdet werden. Eines von beiden kann es nur geben!

Wissen die Reichs- und Staatsbürger nicht, daß für den 11. und 12. Juli — vorläufig wird das von den Rechtsbolschewisten noch streng geheim gehalten — große Vorbereitungen von deutschnationaler Seite zu irgendwelchen Zwecken gemacht werden? Wenn nicht, dann sei es ihnen hiermit gesagt. Hat der Reichswehrminister Geßler für diese Tage Vorbereitungen getroffen, die hinter seiner Sorge für große Paraden und Empfang von Antisemiten nicht zurückstehen? Der Arbeiterschaft empfehlen wir, auf der Hut zu sein, sich nicht provozieren zu lassen.

Der Unfug der Regimentsfeiern

Eigene Drahtmeldung

Durch die Vorgänge am 11. Juni in Königsberg hat sich die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages veranlaßt gesehen, eine Interpellation über die republikanisch-monarchistischen Regimentstage einzubringen. Die Interpellation steht morgen auf der Tagesordnung.

Eberts Abreise von München

Eigene Drahtmeldung

München, 13. Juni. Die Abfahrt des Reichspräsidenten aus München heute morgen und die An- und Abfahrt zu dem großen Empfang gestern abend trug schon ein ganz andres Gepräge als die Ankunft. Die Bevölkerung verhielt sich ernst und würdig und brachte dem Reichspräsidenten stellenweise sogar stürmische Kundgebungen. Der Polizei war es gelungen, die Drahtzieher der Nationalisten bei dem Versuch einer Demonstration vor dem Hause des Grafen Lerchenfeld gestern in einer Stärke von 50 Mann zu verhaften und in zwei Lastautos in Sicherheit zu bringen. Das Gewerkschaftshaus und das Gebäude der Münchner Post wurden die Nacht über polizeilich bewacht. Insgesamt wurden über 100 Festnahmen und Personenfeststellungen vorgenommen. Der Reichspräsident Ebert machte bei dem großen Empfang gestern abend den besten Eindruck auf die bayerische Beamtenschaft, die parlamentarischen und wirtschaftlichen Körperschaften. Trotz der Drohung des Miesbacher Anzigers, die bürgerlichen Abgeordneten, die der Einladung Folge leisteten, namentlich zu veröffentlichen, waren, mit Ausnahme der Deutschnationalen, alle erschienen. Die seit Stunden vor dem Rathaus wartende Menge brach bei Eberts Abfahrt in stürmische Hochrufe auf die Republik aus.

Der Reichspräsident Ebert zog vor seiner Abreise aus München unsern Münchner Korrespondenten ins Gespräch, dem wir folgendes entnehmen:

Ich war mir klar über die inner- und außenpolitische Bedeutung meiner Reise, die dem Ausgleich zwischen den Volksklassen, den deutschen Stämmen und letzten Endes den großen Nationen dienen sollte. Ich gehe von München zurück mit dem Bewußtsein, durch die persönliche Fühlungnahme mit den Führern der bayerischen Politik und Wirtschaft diesen Ausgleich gefördert und die Geschlossenheit des deutschen Volkes und seinen Wiederaufbauwillen nach innen und außen neuerdings zum Ausdruck gebracht zu haben. Die Rechtspresse wird wahrscheinlich über das Johlen und Pfeifen mancher Straßendemonstranten ein großes Geschrei erheben. Das kann und darf mich nicht stören. Ich habe auch an andern Orten Lümmeleien gegen mich als Repräsentanten der Republik zur Genüge erlebt. Solange auf die Republik nur gepfiffen wird, können wir ruhig an deren Aufbau weiter schaffen.

Die Tragikomödie in Moskau

Ueber den Fortgang des Prozesses gegen die russischen Sozialrevolutionäre liegt ein glaubwürdiger Bericht bis jetzt noch nicht vor. Nur eine sowjetoffiziöse Moskauer Meldung ist erschienen, der zufolge in der Abendsitzung des 9. Juni Timojew im Auftrage der noch heute zur Partei gehörigen Angeklagten folgende Angaben gemacht haben soll:

> Die Partei hat einen bewaffneten Kampf gegen die Sowjetmacht geführt, Beziehungen mit fremden Mächten unterhalten, die gegen Sowjetrußland Krieg führten, und will auch in Zukunft auf bewaffnete Kämpfe nicht verzichten.

Was daran Wahrheit ist, läßt sich nicht sagen, ehe nicht von zuverlässigerer Seite Nachrichten bei uns eingegangen sind, d. h. von einer Seite, der nicht jede Lüge als Mittel zu selbstischen Zwecken heilig erscheint. Das Moskauer Gericht ist durchaus Partei, in ihm einen sich Ankläger und Richter gewissermaßen zu einer Person, genau wie bei der Klassenjustiz. Wenn zutrifft, was gutunterrichtete russische Genossen schreiben, so ist in Moskau das Todesurteil über die Führer der Sozialrevolutionäre eigentlich schon gefällt, und das Gericht hat nur die Aufgabe, einen Vorwand für den Mord zu liefern, der ihn mit einem Schein des Rechts umgibt. Aus solcher Einstellung heraus sind alle die sowjetoffiziösen Auslassungen über den Gang des Prozesses und die „Geständnisse" der Angeklagten zu werten.

Lenins Gesundheitszustand

Ausländische Pressemeldungen besagen, daß das Ableben Lenins in Moskau jeden Tag erwartet wird, und benennen Tschitscherin als Nachfolger. Wie wir hierzu auf Anfrage bei der Berliner Sowjetmission erfahren, treffen diese Mitteilungen nicht zu. Es wird behauptet, daß sich der Gesundheitszustand Lenins bessere und eine Wiedergenesung in wenigen Wochen erwartet wird. Die Abreise irgendwelcher russischer Beauftragter von Berlin nach Moskau steht angeblich mit dem Gesundheitszustand Lenins in keinem Zusammenhang.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19220613/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG